

## Tschechien nach dem Sturz von Vaclav Klaus

Schneider, Eleonora

Veröffentlichungsversion / Published Version

Forschungsbericht / research report

### Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Schneider, E. (1998). *Tschechien nach dem Sturz von Vaclav Klaus*. (Aktuelle Analysen / BIOst, 15/1998). Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-47416>

### Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

### Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

## Tschechien nach dem Sturz von Václav Klaus

### **Zusammenfassung**

Am 30.11.1997 trat die gesamte tschechische Regierung zurück. Zuvor war Premierminister V. Klaus als Konsequenz eines Spendenskandals der ODS von den eigenen Ministern sowie den beiden Koalitionspartnern zum Rücktritt gezwungen worden. Am 2.1.1998 wurde die neue Regierung des Parteilosen J. Tošovský ernannt, die aus zehn Vertretern der bisherigen Koalitionsparteien und sechs unabhängigen Ministern besteht. Sie bleibt nur bis zu den vorgezogenen Parlamentswahlen im Juni 1998 im Amt, was die Bedingung der oppositionellen ĚSSD bei der vertraulichen Aussprache am 28.1.1998 war.

### **Rücktritt der bürgerlich-liberalen Regierung Václav Klaus**

Am 30.11.1997 wurde die Demission der gesamten tschechischen Regierung, die seit Juli 1996 im Amt war, beim Staatspräsidenten eingereicht. Der Regierungsrücktritt geschah nach dem Fall des Premierministers Václav Klaus, der völlig überraschend wegen Enthüllungen einer älteren Spendenaffäre von den eigenen Ministern als Parteichef zur Verantwortung gezogen wurde. Bereits am ersten Tag des Skandals verkündete der Chef der Koalitionspartei "Christlich-Demokratische Union – Tschechische Volkspartei" (KDU-ČSL), Josef Lux, daß er aus der Koalition austreten werde, wenn sich keine plausible Erklärung fände. Dem schloß sich sofort auch der Parteivorsitzende der "Demokratischen Bürgerallianz" (ODA), Jiří Skalický, an, und beide forderten Premier Klaus zum Rücktritt auf. Nach der angekündigten Demission der Minister verlor die Regierung die parlamentarische Mehrheit.<sup>1</sup>

Ein paar Tage vor Klaus' Sturz wurde er von dem bereits einen Monat zuvor plötzlich zurückgetretenen Außenminister Josef Zieleniec der Verheimlichung von unsauberen Methoden der Parteifinanzierung bezichtigt. Zieleniec warf Klaus vor, gewußt zu haben, wer sich hinter den beiden Namen der Partei-sponsoren verbarg, die es nach Überprüfung gar nicht gab. Diese hatten der ODS im Wahlkampf 1996 eine Spende über 7,5 Mio. Kronen überwiesen. Erst im Laufe der Woche wurde bekannt, daß die Summe von dem Geschäftsmann M. Šrejber stammte, der kurz davor im Zuge der Privatisierung eine der drei größten Stahlfabriken in Tschechien (Tøinecké železářny) erworben hatte. Klaus bestritt, von der Herkunft der Spende gewußt zu haben. Nachdem der Finanzierungsskandal der ODS öffentlich wurde, forderten der Finanzminister und stellvertretende Parteivorsitzende der

<sup>1</sup> Lidové noviny, 1.12.1997, S. 1.

ODS, Ivan Pilip, sowie der Ex-Innenminister Jan Ruml, daß Klaus als Parteichef die Verantwortung für die Finanzierung der ODS übernimmt.<sup>2</sup>

In den nächsten Tagen gestand dann der mit den Parteifinancen betraute L. Novák, bei kompromittierenden Spendern in den Finanzierungsberichten Namensfälschungen vorgenommen zu haben. Wie es weiter hieß, soll die Partei ein Schweizer Geheimplatz besitzen, wohin Spenden von in- und ausländischen Firmen geflossen seien, die Betriebe im Zuge der Privatisierung erworben hatten oder erwerben wollten. Von dieser Tatsache sollen nur wenige an der Parteispitze gewußt haben. Im Laufe weiterer polizeilicher Untersuchungen haben vier Spitzenpolitiker zugegeben, von der Existenz des Schwarzgelds gewußt zu haben; Klaus und zwei andere sagten aus, in ihrer Anwesenheit wären lediglich Möglichkeiten ausländischen Sponsorings besprochen worden. Nun läßt die ODS ihre Buchführung von einer internationalen Firma überprüfen.

Der Sturz des Premiers löste beim Großteil der Bevölkerung Bestürzung und Ratlosigkeit aus, denn Klaus hatte nicht nur seit fünf Jahren das Amt des tschechischen Regierungschefs erfolgreich bekleidet, sondern verkörperte auch als Reformers der ersten Stunde den demokratischen und wirtschaftlichen Systemwechsel Tschechiens. Die Umstände der Aufdeckung des Spendenskandals ließen bei vielen die Emotionen hochsteigen. Auf der einen Seite wurde in den tschechischen Medien regelrecht eine Hetzjagd auf Klaus veranstaltet, auf der anderen entstanden Verschwörungstheorien mit Klaus als politischem Opfer hinterhältigen Verrats.

Die wahren Ursachen von Klaus' Fall sind komplizierter. In der Koalition und bei einem Teil der ODS-Politiker hatten sich gegensätzliche politische Interessen mit persönlicher Aversion gegen Klaus vermischt. Nach der Rücktrittsforderung folgte ein "politisches Schlachtgetümmel in den Medien", das eigentlich "eine große emanzipatorische Bewegung gegen die Person Klaus" war. Es war ausgerechnet der ODS-Vorsitzende, der nach dem revolutionären November 1989 den Impuls zum Formieren eines Parteiensystems gab. Nach den Wahlen 1996 mehrten sich unter den Wählern und später auch innerhalb der ODS die Rufe nach Veränderung. Solche Gedanken kreisten logischerweise um Klaus' Persönlichkeit und ließen spontan eine Anti-Klaus-Plattform in der ODS entstehen. Seit dem Beginn der wirtschaftlichen Schwierigkeiten der ČR und dem Fall der ODS-Präferenzen bekam diese Bewegung eine unerwartete Dynamik und einige Spitzenpolitiker entschlossen sich, den Premier loszuwerden. War die ODS aus den Parlamentswahlen 1992 als die mit Abstand stärkste politische Kraft der damaligen Tschechoslowakei hervorgegangen (34%) und damit gewohnt, die Richtung anzugeben, so mußte sie vier Jahre später (mit immerhin noch 30%, allerdings sinkender Tendenz) in mancher Hinsicht umdenken.

Die unmittelbare Ursache für den Popularitätsverlust der ODS lag in der Entwicklung, die mit der Pattsituation einer Minderheitsregierung<sup>3</sup> nach dem Wahlergebnis von 1996 eingesetzt hatte. Für den bis zu diesem Zeitpunkt nur Erfolge gewöhnten Regierungschef Klaus bedeutete der Verlust der parlamentarischen Mehrheit seiner Koalition zweierlei: Die Opposition konnte seinen Reformplänen von nun an jederzeit die Flügel stützen, und das Gewicht der Koalitionspartner, der Volkspartei und der Bürgerallianz, nahm deutlich zu. Die ODS stand unter dem Druck ihrer beiden Partner, die sich in der Koalition stärker durchsetzen und ODS-Wähler abwerben wollten.

- Weiterer Druck kam aus dem oppositionellen Lager, von der Tschechischen Sozialdemokratischen Partei (ČSSD), in der ein erstarkter Gegner erwuchs: Zog die ČSSD 1992 mit nur 8% als eine unter vielen Linksparteien ins föderale Parlament ein, so erhielt sie vier Jahre später sensationelle 26% und verzeichnet seither weiteren Zuwachs. Während es ihrem energischen Vorsitzenden Miloš Zeman gelungen ist, mit dem ihm eigenen Sprachgebrauch und Populismus die zersplitterte Linke zu integrieren, fiel die einst monolithische Rechte immer mehr auseinander.

<sup>2</sup> Lidové noviny, 28.11.1997, S. 1 u. 2.; Mladá fronta dnes, 28.11.1997, S. 1 u. 2.

<sup>3</sup> Da den Koalitionsparteien zwei Mandate für die absolute Mehrheit im Parlament fehlten, waren sie zunächst auf die Unterstützung der oppositionellen ČSSD, nach dem Zugewinn eines Abgeordneten auf das Votum eines der beiden, aus der ČSSD ausgeschlossenen Unabhängigen angewiesen. Vgl. E. Schneider, Die Parlamentswahlen in der Tschechischen Republik, in: Aktuelle Analysen des BIOst, Nr. 47/1996, S. 1-6.

- Ende 1996 geriet die ČR in eine makroökonomisch instabile Lage mit einem rasch steigenden Handels- und Leistungsbilanzdefizit. Das Wirtschaftswachstum des einst so stolzen "kleinen Tigers" wurde rückläufig, und auch der Staatshaushalt kam zum ersten Mal in die roten Zahlen. Als schließlich im Frühjahr 1997 eine Währungskrise in Asien die tschechische Krone einholte, wurde die Kritik der KDU-ČSL an der ODS immer schärfer.<sup>4</sup> Beide Parteien warfen sich gegenseitig vor, sich der Verantwortung für die unerfreuliche Lage entziehen zu wollen. Die KDU-ČSL und die ODA gerieten mit der ODS immer häufiger in Konflikt und setzten sie dabei von zwei Seiten unter Druck: Wo die KDU-ČSL mehr Akzente in der Sozialpolitik forderte, warf der rechte Flügel der intern zerstrittenen ODA, die mit dramatischem Präferenzenverlust konfrontiert wurde, der ODS vor, die liberal-konservativen Ideale verraten zu haben. Mit dieser Konstellation war die ODS, wie sich herausstellte, überfordert. In der Bevölkerung wurde die Koalition, je länger sie regierte, immer weniger als Motor der Transformation wahrgenommen und das Verhalten der Politiker bei zunehmenden Querelen und Flügelkämpfen als verzweifelt festklammern an der Macht interpretiert.

Eine zusätzliche Belastung war die Lage im Parlament, wo die Dreierkoalition mit 100 von 200 Sitzen nur sehr beschränkt handlungsfähig war, weil sie bei Entscheidungen mit absoluter Mehrheit oder vollzähliger Anwesenheit aller Abgeordneten auf fremde Hilfe angewiesen war. So konnte beim Verabschieden des Haushaltsplans im Oktober 1997 ein einziger unabhängiger Abgeordneter Bedingungen stellen und sowohl die Koalition als auch die Opposition buchstäblich nach seiner Pfeife tanzen lassen.<sup>5</sup> Im Zusammenhang mit dem für Februar 1998 angekündigtem Mißtrauensvotum der Sozialdemokraten forderte J. Lux seine Koalitionspartner zur Verabschiedung eines neuen Regierungsprogramms auf. Die ODS lehnte entschieden ab, und die Spannungen in der Koalition erreichten ihren Höhepunkt. Vor Auslösung einer Regierungskrise schreckten die Koalitionspartner jedoch zurück.

### **Kritik an der ODS und Kontroverse um Václav Klaus**

Beobachter meinen, daß die ODS schon Ende 1994 ihren Zenit erreicht hatte und darauf in Selbstgefälligkeit verfallen war. Sie habe über dominante Positionen in Parlament und Regierung, über Einfluß auf alle wesentlichen Entscheidungen in Politik und Wirtschaft verfügt. Nach den erfolgreichen Kommunalwahlen Ende 1994<sup>6</sup> besetzte sie auch die Spitzenpositionen in den Lokalbehörden der großen Städte. Damit waren alle erreichbaren Posten erreicht, und die ODS brauchte nur noch die Macht zu verwalten – Motivation und Reformeifer ließen nach. Die in der Presse angeprangerte Verlangsamung der Reformen hatte aber auch mit den Mehrheitsverhältnissen im Parlament zu tun. Die Parteiführung der ODS hatte gehofft, einige unpopuläre Reformschritte bis nach den nächsten Wahlen vertagen zu können. Selbstlob und Deklarationen der Art, die Reformen seien im wesentlichen abgeschlossen, weckten bei den Bürgern die Erwartung, von jetzt an ginge es nur noch aufwärts. Als Tschechien im Frühjahr 1997 von der Wirtschaftskrise eingeholt wurde, wurde Klaus, der trotz Warnungen deren Anzeichen lange nicht hatte sehen wollen, dafür in der Presse verantwortlich gemacht.

Neben den parteipolitischen Schwierigkeiten hat Klaus' Sturz auch die Meinungsverschiedenheiten über seinen Führungsstil als Parteivorsitzender sowie Regierungschef, die es seit geraumer Zeit gab, offengelegt. Fatal für die ODS war, daß ihr Vorsitzender nicht gelernt hatte, mit dem labilen Machtgleichgewicht umzugehen. Nach I. Pilip, stellvertretender Parteivorsitzender der ODS, hatten sich

<sup>4</sup> Vgl. Hospodářské noviny, 24.7.1997, S. 9; NZZ, 2.12.1997, S. 11.

<sup>5</sup> Der Unabhängige J. Wagner stand früher als Vertreter der ČSSD dem Budgetausschuß vor. Nachdem er im letzten Herbst gegen seine Partei mit dem Regierungslager gestimmt hatte, wurde er aus der ČSSD ausgeschlossen. Doch ohne seine Stimme konnte die Opposition ihn nicht vom Kommissionsvorsitz entbinden. Seither spielte Wagner das sprichwörtliche Zünglein an der Waage.

<sup>6</sup> Einzelheiten dazu in: E. Schneider, Kommunalwahlen in der Tschechischen Republik, Aktuelle Analysen des BIOst, Nr. 14/1995, S. 1-5.

die Eigenschaften, die früher geholfen hatten, die Reformen durchzusetzen, ins Negative verkehrt.<sup>7</sup> Kritisiert wurden Klaus' autoritärer Stil und die Überzeugung, nur seine Vision sei richtig.

Ein deutliches Zeichen für Differenzen war Ende Oktober 1997 der Rücktritt von J. Zieleniec von seinen Regierungs- und Parteiämtern. Zieleniec ist der Gründervater der ODS. Als die Nummer zwei hatte er in den letzten sieben Jahren die Reformen entscheidend mitgeprägt. Als sich nach den Wahlen 1996 zeigte, daß der bisherige Führungsstil den neuen Begebenheiten nicht mehr entsprach, trat Außenminister Zieleniec mit Kritik und Forderung an die Öffentlichkeit, die ODS müsse ihre Politik überdenken. Damit stellte sich erstmals ein Mitglied der Parteispitze direkt gegen den Parteivorsitzenden. Es war ein offenes Geheimnis, daß Zieleniec Klaus vorwarf, mit seiner Tendenz, Fehlentwicklungen zu verharmlosen und die Gründe dafür außerhalb seines Einflßbereichs zu suchen, dem Image der Partei langfristig zu schaden.<sup>8</sup> Zieleniec kam mit seinem Anliegen allerdings nicht sehr weit, weil die Parteibasis nicht hinter ihm stand. Da er die Spendenaffäre, die Klaus den Kopf kostete, auslöste, wurde er in den Medien als erster mit dem Parteiputsch hinter Klaus' Rücken in Zusammenhang gebracht.

Havel ging öffentlich immer mehr auf Distanz zu Klaus. Schon seit langer Zeit glaubte er zu bemerken, so Havel im tschechischen Rundfunk, daß die Konturen der Regierungspolitik immer schwächer würden. Er rief zu neuen Visionen für die Zukunft der Gesellschaft und eindeutigen Schritten auf, um die angespannte Lage zu überwinden. Obwohl Havel allgemein von der Regierung sprach, meinte er die ODS unter Klaus. Schon im Frühjahr 1997 hatte er der Regierung indirekt den Rücktritt nahegelegt. Ende Oktober 1997 gab der Präsident der Volkspartei Schützenhilfe, als er sagte, daß er die KDU-ČSL verstehe, die eine neue Regierungserklärung verlange. Er rufe nicht zum Sturz der Regierung auf, eine Veränderung in der Regierung sei allerdings ein ganz normaler Vorgang in der Demokratie.<sup>9</sup>

In den ersten Wochen nach dem Regierungsrücktritt mehrten sich in der ČR die Anzeichen dafür, daß die politische Krise nur durch vorzeitige Parlamentswahlen beendet werden kann. Klaus entschloß sich, sich auf dem Sonderparteitag der ODS am 13.12.1997 einer Abstimmung über den Parteivorsitz zu stellen. Er hielt das für anständig und fair, weil er sonst all die Menschen enttäuschen würde, die der ODS und ihm selbst vertrauten. Die Koalitionsparteien und die innerparteilichen Gegner von Klaus fürchteten, daß mit ihm an der Parteispitze eine Neuauflage des bürgerlich-liberalen Bündnisses so gut wie ausgeschlossen sei. Vor allem J. Lux von der Volkspartei wollte sich nicht an einer von der ODS geführten Regierung beteiligen, sollte Klaus ODS-Vorsitzender bleiben.

Die Uneinigkeit über die künftige ODS-Führung hatte eine Unterbrechung der Regierungsbildungsgespräche zur Folge. Weitere Verhandlungen sollten erst nach dem ODS-Sonderparteitag stattfinden. Obwohl der gestürzte Premier in der Presse schon als politisch tot galt, zeigte der Sonderparteitag, wie stark die Parteibasis, die Regionalorganisationen, nach wie vor hinter ihm standen. Klaus sprach dort von Selbstbesinnung, Umdenken und der Notwendigkeit klarer Finanzierungsregeln. Er bekannte sich zur Verantwortung für die politischen und wirtschaftlichen Fehlentwicklungen der letzten anderthalb Jahre. Die Schuld an dem Finanzskandal schrieb er jedoch der gesamten Parteiführung zu, wenn er auch seinen Teil an politischer Verantwortung einräumte. Mit 227 Stimmen der 312 Delegierten wurde er wiedergewählt. Klaus' Gegenkandidat, J. Ruml, erhielt 72 Stimmen.<sup>10</sup>

Der Präsident hatte inzwischen Lux mit der Regierungsbildung beauftragt, um Neuwahlen zu verhindern. Die ODS war gespalten, ob sie an der neuen Regierung teilnehmen soll.<sup>11</sup> Da Lux den Sieg von

<sup>7</sup> Respekt, 50, 8.-14.12, 1997, S. 12.

<sup>8</sup> Vgl. Die Partei von Klaus kämpft mit Problemen, in: NZZ, 7.11.1997, S. 4.

<sup>9</sup> Vgl. FAZ, 27.10.1997, S. 3.

<sup>10</sup> Als Stellvertreter wurden nur Klaus-Anhänger gewählt, nachdem Pilip, Ruml und andere aus der Anti-Klaus-Front vor der Wahl ihre Kandidatur zurückgezogen hatten. Vgl. Mladá fronta dnes, 15.12.1997, S. 1-3.

<sup>11</sup> Der Flügel, der eine Beteiligung der ODS an der künftigen Regierung wollte, verlor infolge des Parteitages an Einfluß. Klaus, der bereits vorher für die Opposition plädiert hatte, um die Partei zu konsolidieren und sich auf die vorgezogenen Wahlen zu konzentrieren, gewann seinen Einfluß wieder.

Klaus' Flügel in der ODS als Hindernis für die Bildung eines neuen Kabinetts ansah und Klaus auch für die ODA-Führung unannehmbar war, war die Lage schwierig. Wegen der zu erwartenden Komplikationen bei der Mehrheitsfindung wollte keine Koalitionspartei jemanden für die Führungsaufgabe zur Verfügung stellen.

### **Bildung der Übergangsregierung unter Josef Tošovský**

Havel ernannte am 17.12.1997 den parteilosen ehemaligen Gouverneur der Tschechischen Nationalbank, Josef Tošovský,<sup>12</sup> zum neuen Premier, dessen Name in vier Vorschlägen von Lux vorkam. Eine der Hauptbedingungen von Tošovský war die Unabhängigkeit bei der Kabinettszusammensetzung, weshalb ihm der Präsident mit außergewöhnlichen Vollmachten ausstattete. Die innenpolitische Situation der letzten Wochen in Tschechien habe keine andere Lösung zugelassen, da eine Einigung der drei bisherigen Koalitionsparteien außer Reichweite gelegen habe, kommentierte Havel seine Entscheidung.<sup>13</sup> Der Präsident bestimmte auch die grundlegende Ausrichtung aller Regierungsverhandlungen. Kurz nach der Demission von Klaus sagte er, daß er die Diskussion über Klaus' Nachfolger mit der neuen ODS-Führung aufnehmen würde.

Das am 2.1.1998 berufene Kabinett besteht aus zehn Vertretern politischer Parteien (4 ODS, 3 KDU-ČSL, 3 ODA) und sechs unabhängigen Ministern, den sog. Experten. Das Ressort für Inneres übernimmt Cyril Svoboda (KDU-ČSL), das für Verteidigung Michal Lobkowicz (ODS). Finanzminister Ivan Pilip (ODS), Landwirtschaftsminister Josef Lux (KDU-ČSL-Vorsitzender) und der ODA-Vorsitzende Jiří Skalický<sup>14</sup> als Umweltminister behielten ihre Ämter. Als Prioritäten seiner Regierung bezeichnete Tošovský die Westintegration, energische Fortführung der Wirtschaftsreformen, Bekämpfung von Kriminalität und Korruption sowie politische Transparenz. Die Regierung bleibt nur bis zu den vorgezogenen Wahlen im Juni 1998 im Amt. Das war die Bedingung der ČSSD bei der vertraulichen Aussprache am 28.1.1998 für ihre Unterstützung, auf die das neue Kabinett angewiesen war, da ein Teil der ODS nicht für sie stimmen wollte.<sup>15</sup>

Das neue Kabinett wurde nicht auf der Grundlage vorläufiger Konsultationen mit möglichen Koalitionspartnern gebildet. Klaus lehnte dies ab und verlangte standardisierte politische Verhandlungen, wie sie in parlamentarischen Demokratien üblich seien. Darauf erwiderte Tošovský, daß durch die Entscheidung Havels, einen Nichtpolitiker an die Regierungsspitze zu berufen, diese Variante gegenstandslos geworden sei. Deshalb verweigerte die neugewählte ODS-Führung Tošovský bei der Kabinettsbildung ihre Unterstützung.<sup>16</sup>

Im Verlauf der Regierungsbildung zeichnete sich immer deutlicher eine Teilung der ODS in zwei Flügel ab: Während Klaus und seine Anhänger ausschließlich eine politisch verankerte Regierung forderten, signalisierte die Gruppe um Fraktionschef Jan Černý Tošovský ihre Bereitschaft. Allerdings hatte nicht sie von dem ODS-Kongreß ein Mandat zu Verhandlungen erhalten, sondern Klaus. Da Klaus die Vorgehensweise Tošovskýs nicht akzeptierte, liefen die Verhandlungen letztlich an ihm vorbei. Zum Konflikt mit der ODS kam es, als Tošovský die ODS-Repräsentanten (Pilip, Lobkowicz, Volák und Černý vom Anti-Klaus-Flügel) aussuchte, deren Nominierung vorher von der ODS-Partei-führung abgelehnt worden war. Nach der Ernennung forderte Klaus diese vier Minister auf, entweder ihr Amt niederzulegen oder aus der Partei auszutreten, weil sie im Kabinett nicht die ODS, sondern

<sup>12</sup> J. Tošovský, ein international angesehener Finanzpolitiker, zum Europäischen Banker des Jahres gekürt, wird für einen Widersacher von Klaus gehalten. Er trug wesentlich zur raschen Konvertibilität der Krone bei und bewältigte den schwierigen Prozeß der Währungsteilung nach dem Zerfall der ČSFR.

<sup>13</sup> Mladá fronta dnes, 3.1.1998, S.1-2.

<sup>14</sup> Ende Februar 1998 ist Skalický wegen der ODA-Spendenaffäre zurückgetreten. Der vakante Posten wurde mit M. Bursík besetzt.

<sup>15</sup> Die Übergangsregierung wurde mit 127 gegen 71 Stimmen der Kommunisten, Republikaner und der ODS-Klaus-Fraktion bestätigt. Vgl. Mladá fronta dnes, 29.1.1998, S. 1-2.

<sup>16</sup> B. Pecinka, Bez Klause, in: Respekt, 1-2, 5.-11.1.1998, S. 2.

nur sich selbst vertreten  
würden.<sup>17</sup>

### **Verfall der bürgerlichen Rechten**

Der Streit um die Besetzung im Tošovský-Kabinett führte schließlich zum Auszug von 30 Abgeordneten der Anti-Klaus-Plattform aus der ODS. Mitte Januar 1998 wurde die Spaltung der ODS definitiv, als

---

<sup>17</sup> Mladá fronta dnes, 3.1.1998, S. 1-2 u. 5.1.1998, S. 1-2.

Ex-Innenminister Ruml die Freiheitsunion (US) gründete. Die neue Kraft rechnet sich der rechten Mitte zu und will die Inhalte des ODS-Programms mit sauberer, bürgernaher und transparenter Politik verbinden. Ein Wählerpotential, für das die ODS nicht mehr vertrauenswürdig, die zerfallene ODA irrelevant und die KDU-ČSL keine Alternative ist, weil sie eventuell mit der ČSSD koalieren wird, ist vorhanden.

Innerhalb der ODA, die seit einem Jahr mit einem dramatischen Stimmenverlust unter die 5%-Grenze konfrontiert wurde, hatte sich eine rechte Fraktion gebildet, die den erst vor einem halben Jahr ernannten neuen Chef Michal Žantovský loswerden wollte. Obwohl es der ODA auf ihrem Parteitag Ende November 1997 gelang, sich auf J. Skalický als neuen Vorsitzenden zu einigen, verschärfte sich die Auseinandersetzung zwischen Fraktion und Partei. Sie fiel im Februar 1998 auseinander, nachdem ihr Spendenskandal, mit dem der ODS fast identisch, aufflog.<sup>18</sup> Skalický, der persönlich keine direkte Verantwortung trug, trat von seinen Ämtern in Partei und Regierung zurück und verließ die ODA. Im Streit darüber, ob die zwielichtige Vergangenheit der Partei rücksichtslos aufgedeckt oder weiter verschleiert werden sollte, folgten ihm die Justizministerin V. Parkanová, der Parteigründer O. Bratinka und andere, wodurch die ODA, völlig ausgeblutet, ins außerparlamentarische Abseits abdriftet.<sup>19</sup>

Die turbulenten Ereignisse der letzten Monate spiegeln sich in den jüngsten Umfragen über den Verfall der bürgerlichen Rechten. Die ODS erzielte mit 10% ihr schlechtestes Ergebnis (vor dem Spendenskandal noch 20%). Die meisten Tschechen rechnen bereits mit dem Sieg der ČSSD, die ziemlich konstant auf 29% kommt.<sup>20</sup> Da die Finanzaffären von ODS und ODA der ČSSD keinen gestiegenen Wählerzuspruch gebracht haben, wird sie im künftigen Parlament ein oder zwei Koalitionspartner brauchen. Zemans erste Wahl ist seit langem die Volkspartei, die den Sozialdemokraten in der Sozialpolitik nahesteht. Danach würden sich die Blicke auf Rums "Freiheitsunion" richten. Wie sich jedoch drei politisch grundverschiedene Parteien auf eine gemeinsame Reformpolitik einigen, ob sich die ČSSD bei einer Ablehnung der US doch auf eine stille Unterstützung der Kommunisten einläßt, sind nur zwei Fragen, die gegenwärtig heiß diskutiert werden.

Eleonora Schneider

Die Verfasserin ist freiberuflich tätig.

Redaktion: Heinz Brahm

---

<sup>18</sup> Die ODS und ODA hatten als neu entstandene Parteien kein Eigenkapital, waren auf Spenden angewiesen, woraus sich enorme Finanzierungsschwierigkeiten ergaben. Allerdings verwendeten auch nicht mittellose Parteien betrügerische bzw. unsaubere Methoden. So hatte im Dezember 1994 die KDU-ČSL ihre Sponsorenaffäre, die allerdings Lux nicht zu Fall brachte. Vor kurzem wurde publik, daß auch die ČSSD "vergaß", einige verdächtige Zuwendungen zu verbuchen. Die KSČM ist paradoxerweise nach wie vor die reichste Partei, ohne ihrer Ideologie zu entsagen und obwohl die kommunistische Bewegung für verbrecherisch erklärt wurde.

<sup>19</sup> Lidové noviny, 22.2.1998, S. 1.

<sup>20</sup> Die abgespaltene US kam auf Anhieb auf 10%, die KDU-ČSL fiel auf 8,5%, die ODA erhielt nur 3,5%, ist also unter der 5%-Grenze. Die Kommunisten (8%) können genauso wie die Republikaner (rd. 6%) auf ihr festes Wählerpotential bauen. Die Zahl der Unentschlossenen stieg auf 22%. Vgl. Mladá fronta dnes, 12.2.1998, S. 2.